



Ian Hutchinson/Unsplash

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten zur Staatsbürgerschaft durch Geburt: Zerbrochene Mauern, fehlgeleitetes Urteil

- Joel Hilliker
- [01.07.2026](#)

Guten Morgen!

Der Oberste Gerichtshof hat diese Woche die Verordnung von Präsident Trump zur Staatsbürgerschaft durch Geburt für nichtig erklärt. Dies garantiert jedem Kind, das auf US-amerikanischem Boden geboren wird, die Staatsbürgerschaft, unabhängig davon, wie kurz oder unter welchen rechtswidrigen Umständen sich die Eltern hier aufhalten.

- Illegale Grenzübertritte, überzogene Visa, „Geburtstouristen“, die aus Peking einfliegen, um dort ihr Kind zur Welt zu bringen und anschließend wieder nach Hause zu fliegen: All dies führt zur Geburt eines amerikanischen Staatsbürgers.

In der Rechtssache Trump gegen Barbarakamen neun Richter, die denselben Text gelesen hatten, zu sechs unterschiedlichen Urteilen. Dies zeigt, wie umstritten und gefährlich dieses Thema ist. Zudem wird dadurch die Bibelstelle „zerbrochenes Gericht“ bestätigt.

- In seiner persönlichen abweichenden Meinung bezeichnete Richter Samuel Alito das Urteil als „eine der wichtigsten Entscheidungen in der Geschichte des Gerichts“ und als „einen schwerwiegenden Fehler“.

Das Endergebnis der Abstimmung lautete 6 zu 3: Fünf Richter sowie Richter Brett Kavanaugh waren sich einig, dass Trumps Exekutivverordnung für nichtig erklärt werden müsse. Doch nur Roberts und Barrett schlossen sich den drei Linken – Sotomayor, Kagan und Jackson – hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Begründung an.

- Oberrichter John Roberts, der im Namen der Mehrheit das Urteil verfasste, führte diese Regel auf das englische Gewohnheitsrecht zurück und argumentierte, dass der vierzehnte Verfassungszusatz diese alte Regel lediglich in die Verfassung übernommen habe. (In England gibt es übrigens keine Staatsbürgerschaft durch Geburt.)
- Kavanaugh war anderer Meinung; er stimmte dafür, Trumps Anordnung aufzuheben, da diese gegen ein Bundesgesetz zur Staatsbürgerschaft verstieß, nicht gegen den vierzehnten Verfassungszusatz. Er argumentierte, dass der Kongress ein Gesetz verabschieden könnte, das das Geburtsrecht auf illegale Einwanderer beschränkt und dennoch den vierzehnten Verfassungszusatz wahr – er habe dies lediglich noch nicht getan.

In den abweichenden Meinungen wurde der Mehrheit vorgeworfen, die Geschichte nach ihren eigenen Vorstellungen zu interpretieren, um zu ihrem Urteil zu gelangen.

- Richter Clarence Thomas, dem sich Neil Gorsuch anschloss, bezeichnete die Darstellung der Mehrheit als „historisch

unzutreffend“ und als grundlegend im Widerspruch zur Ablehnung des englischen Rechts durch die Gründerväter.

Der Fall dürfte eindeutig sein. Im vierzehnten Verfassungszusatz heißt es: „Alle Personen, die in den Vereinigten Staaten geboren oder eingebürgert wurden und deren Gerichtsbarkeit unterliegen, sind Bürger der Vereinigten Staaten und des Staates, in dem sie ihren Wohnsitz haben.“

- Wenn Sie sich illegal ins Land einschleichen und ein Kind bekommen, unterliegt Ihre neue Familie nicht der dortigen Gerichtsbarkeit und hat dieser auch nie unterlegen.

Die praktische Auswirkung des Gerichtsurteils ist eine ständige Aufforderung. Das Justizministerium bezeichnete dies als Bedrohung der nationalen Sicherheit. Da die Exekutivmaßnahme nun blockiert ist, hindert nichts die Geburten-Tourismus-Branche daran, weiter zu wachsen, und nichts verhindert, dass durch illegale Grenzübertritte weiterhin automatisch Staatsbürger entstehen.

- Das Ministerium für Innere Sicherheit geht gegen Netzwerke von „Mutterschaftshotels“ vor. Einer einzigen Einrichtung in Texas wird vorgeworfen, täglich bis zu 20 Babys an überwiegend chinesische Kundinnen zu vermitteln und dabei die Staatsbürgerschaft als verkaufsfähiges Produkt zu vermarkten.

Mose warnte, dass ein ungehorsames Volk mit ansehen müsse, wie seine „hohen und befestigten Mauern“ einstürzen würden (5. Mose 28, 52). Dies ist ein Beispiel für versagende Schutzmaßnahmen, darunter auch jene, die illegale Einwanderung verhindern sollen.

- Dies geschieht bereits in einem Ausmaß, das die Nation bedroht – und das oberste Gericht des Landes hat gerade einen gefährlichen Aspekt davon gebilligt.
- Alito schrieb: „Die Auslegung des Gerichts schafft weiterhin einen starken Anreiz, illegal in dieses Land einzureisen oder sich dort illegal aufzuhalten. ... Meiner Ansicht nach hat das Gericht einen Fehler begangen, der die Zukunft des Landes ernsthaft beeinträchtigen wird.“

Jesaja beschrieb einen weiteren Fluch: „Und das Recht ist zurückgewichen, und die Gerechtigkeit hat sich entfernt; denn die Wahrheit ist auf der Gasse zu Fall gekommen, und die Aufrichtigkeit findet keinen Eingang“ (Jesaja 59, 14).

- Ein Land, das seine eigenen Grenzen nicht sichern kann und dessen oberstes Gericht nicht in der Lage ist, ein angemessenes Urteil darüber zu fällen, wer zu diesem Land gehört, lebt unter diesen Flüchen, die bereits vor Tausenden von Jahren ausgesprochen wurden.

Dieser Fluch wird in dem Moment aufgehoben, in dem ein Volk zu Gottes Gesetz zurückkehrt. Der Gehorsam gegenüber Gott ist es, der zerbrochene Mauern wieder aufbaut und ein gesundes Urteilsvermögen wiederherstellt.

Putin lässt sich nicht beirren: Wladimir Putin hat den Generalstab der russischen Streitkräfte angewiesen, die ukrainische Hauptstadt Kiew einzunehmen, wie die ukrainischen Behörden gestern mitteilten. Die erneute Bekräftigung von Putins maximalistischen Zielen nach Monaten des Stillstands lässt vermuten, dass er neue Strategien in Betracht zieht, wie beispielsweise die vollständige Mobilisierung der russischen Reservekräfte, eine belarussische Beteiligung und sogar den Einsatz taktischer Atomwaffen.

Hat die deutsche Wirtschaftsministerin KI genutzt? Die deutsche Wirtschaftsministerin Katherina Reiche hat möglicherweise künstliche Intelligenz eingesetzt, um zumindest Teile ihrer im „Handelsblatt“ und in der „Frankfurter Allgemeinen“ veröffentlichten Gastbeiträge zu verfassen, berichtete der „Spiegel“ gestern. Eine Sprecherin von Reiche hat den Vorwurf nicht dementiert.

Der israelische Verteidigungsminister warf den USA am Montag vor, die Hisbollah zu schützen. Israel Katz erklärte gegenüber Reportern, dass die Verknüpfung des Libanon-Konflikts mit den Friedensgesprächen der USA mit dem Iran „die Hisbollah vor einem schweren Schlag, vielleicht sogar vor ihrem Zusammenbruch, bewahrt habe. ... Dies lag im Interesse der USA. „Sie waren sehr daran interessiert, die Möglichkeit von Verhandlungen mit dem Iran voranzutreiben.“